

ARBEIT SCHÜTZT VOR ARMUT NICHT

57 000 Menschen in Österreich sind arm trotz Arbeit

Martin Schenk

Erstmals enthält der vom Sozialministerium veröffentlichte „Bericht über die soziale Lage“ auch Daten zu "Working Poor". Auch für Österreich lässt sich damit der Zusammenhang zwischen atypischen Arbeitsformen und Armutsgefährdung bzw. akuter Armut nachweisen.

Ein Überblick über die vorhandenen Daten.

57.000 Menschen in Österreich arbeiten und haben trotzdem nicht genug zum Leben (das sind 1,6% der Erwerbstätigen). Mit ihren Angehörigen und Kindern, die im gemeinsamen Haushalt leben, erhöht sich die Zahl der "Working Poor" auf 178.000 Personen. Arbeit schützt vor Armut nicht. Der im Frühjahr 2003 neu erschienene Sozialbericht des Sozialministeriums enthält erstmals auch Daten über "Working Poor" in Österreich.

Neben AlleinerzieherInnen sind vor allem Mehrkindfamilien und MigrantInnenhaushalte betroffen. Gemeinsam ist allen, dass es in der Familie nur einen Verdiener bzw. eine Verdienerin gibt und atypische oder Niedriglohnbeschäftigung vorliegt. Ein beträchtlicher Teil der Arbeitsmarktdaten wird aus Jobs gebildet, die prekär und nicht existenzsichernd sind. Für einige ArbeitnehmerInnen bedeutet geringfügige oder Teilzeit-Beschäftigung eine Vergrößerung des persönlichen Handlungsspielraums, für viele jedoch bedeutet sie eine unfreiwillige Einschränkung. So gibt es GewinnerInnen und VerliererInnen.

Erhöhtes Armutsrisiko

Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich auch in nichtexistenzsichernden Sozialleistungen im Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Jenen Interessen nachzugeben, die einen Niedriglohnsektor mit Arbeit um jeden Preis forcieren, bedeutet also eine gesellschaftspolitische Zeitbombe auf den Weg zu bringen.

"Nicht zuletzt führte ein Anstieg atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu einer Zunahme der „Working Poor“ in den USA. Auch für Österreich lässt sich der Zusammenhang zwischen atypischen Arbeitsformen und Armutsgefährdung bzw. akuter Armut nachweisen", schreiben die WirtschaftswissenschaftlerInnen und AutorInnen des Ministeriumsberichts Karin Heitzmann und Michael Förster. "Die Armutsgefährdungsquote von Personen in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis ist mit 4% lediglich halb so hoch wie von Personen mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen (9%). Dauert die Befristung kürzer als ein Jahr an, dann steigt das Armutsrisiko noch einmal an. Auch Teilzeitarbeit ist mit einem höheren Armutsrisiko verbunden. Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit haben ein dreifaches, bei 21 bis 30 Stunden ein doppelt so hohes Risiko armutsgefährdet zu sein, wie Personen, die zwischen 31 und 40 Stunden beschäftigt sind."

Das Armutsgefährdungsrisiko ist bei Erwerbstätigen, die mehr als 40 Stunden pro Woche beschäftigt sind, höher als bei den Vollzeitbeschäftigten - und hier vor allem bei Frauen. Eine Erklärung dafür lässt sich darin finden, dass bei besonders niedrigen Löhnen das Arbeitsangebot aus Gründen finanzieller Engpässe zunimmt.

Selbstständige ArbeitnehmerInnen leiden „besonders häufig und dauerhaft an materieller und akuter Armut und zwar vornehmlich Landwirte, sowie generell Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind. Zudem sind Erwerbstätige, die Hilfstätigkeiten ausüben, häufiger von Armutsgefährdung und akuter Armut betroffen als Personen mit höherer Qualifikation. Dies gilt auch für atypische Beschäftigte, also Personen, die nur teilzeitbeschäftigt sind bzw. durch kurze, befristete Arbeitsverträge am Arbeitsmarkt integriert sind. Auch ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten sind wesentlich häufiger und länger mit Armutsgefährdung und akuter Armut konfrontiert als BürgerInnen aus Österreich und EU-Staaten", so der Sozialbericht des Sozialressorts.

„Von den erwerbstätigen Personen haben jüngere und ältere ArbeitnehmerInnen höhere Gefährdungsraten. In Bezug auf die Staatsbürgerschaft zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen Erwerbstätigen aus Österreich bzw. anderen EU-Ländern und Angehörigen von Drittstaaten: Die Armutsgefährdungsquote von letzteren war 1998 mit 13% mehr als doppelt so hoch

wie von Ersteren (6%). Neben den geringen Erwerbseinkommen von MigrantInnen wirken auch Unterschiede in der Haushaltsstruktur auf das Armutsrisiko ein. Beispielsweise lebten 63% aller EU-Bürgerinnen in Haushalten mit 3 oder mehr Mitgliedern, aber über 86% aller Nicht-EU BürgerInnen. Damit muss das Erwerbseinkommen in Haushalten von Drittstaatsangehörigen im Schnitt auf mehr Personen aufgeteilt werden als in Haushalten von EU-BürgerInnen - und ihr Armutsrisiko steigt dementsprechend an."

Langzeitarmut

Spezifische Personengruppen sind trotz ihrer bezahlten Beschäftigung auch einem - im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung - höheren dauerhaften Armutsrisiko ausgesetzt. Dies sind zunächst selbständig beschäftigte ArbeitnehmerInnen, die knapp die Hälfte (45,i%) aller langzeitarmutsgefährdeten Erwerbstätigen ausmachen, wiewohl sie nur 14% der gesamten Erwerbsbevölkerung stellen. Einmal mehr sind Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, im Besonderen von Langzeitarmut betroffen. Eine weitere gefährdete Gruppe sind ArbeitnehmerInnen aus Nicht-EU Ländern. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren auch Personen mit eingeschränkter Erwerbsfähigkeit, etwa einer Behinderung, trotz permanenter Beschäftigung häufiger von statischer und periodischer Armutsgefährdung betroffen als die Gesamtbevölkerung im Schnitt. Dies gilt ebenso - wenn auch in eingeschränkterem Maße - für atypisch Beschäftigte, d.h. für Personen die 1998 ein befristetes Beschäftigungsverhältnis innehatten bzw. die keiner Vollzeitarbeit nachgingen.

„Das Phänomen der „Working Poor“ existiert damit auch in Österreich - und spezifische sozialpolitische Interventionen sind notwendig, um das Risiko der erwähnten Problemgruppen am Arbeitsmarkt zu vermindern“, so das Resümee der AutorInnen des Sozialberichts. „Die Analyse zeigt aber auch klar, dass Armutsgefährdung bzw. akute Armut und soziale Ausgrenzung - die u.a. durch eine Integration in das Erwerbsleben vermieden werden soll - sich nicht gegenseitig ausschließen. Es ist daher notwendig, parallel Anstrengungen zu unternehmen, die einerseits die Integration am Arbeitsmarkt verbessern helfen und die andererseits aber auch benachteiligte und armutsgefährdete Gruppen im Arbeitsmarkt unterstützen.“

Martin Schenk arbeitet als Sozialexperte der Diakonie zu den Schwerpunkten welfare policy, Integration, Menschenrechte; ist Mitbegründer der Armutskonferenz; war über Jahre in der Betreuung Wohnungsloser und in der Jugendarbeit tätig; Vorstandsmitglieder der Folteropfer-Hilfsorganisation Hemayat.

Literatur

Förster, Michael / Heitzmann, Karin (2002): Einkommensarmut und akute Armut in Österreich; in: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Gesundheit: Bericht über die soziale Lage. 2001-2002, Wien 2002.